

## A N F R A G E

der Abgeordneten Dr. Simone Peter (B90/Grüne)

**betr.:** Beteiligung des Saarlandes an den Informations- und Genehmigungsverfahren zum geplanten französischen Atommüllendlager Bure

In Frankreich ist die "Agence Nationale pour la Gestion des Dechets Radioactifs - ANDRA" für die Konzeptentwicklung, Standortsuche sowie für Bau und Betrieb von Untertage-Laboratorien bzw. Endlagern zuständig. Das französische Gesetz zur Endlagerung radioaktiver Abfälle verlangt u.a. die Durchführung von Forschungsarbeiten in den Bereichen geologische Endlagerung sowie Erforschung und Methoden der Langzeitlagerung von Abfällen sowie zur (zeitlich befristeten) Rückholbarkeit der eingelagerten Abfälle. Zu diesem Zweck betreibt die ANDRA seit 2000 bei Bure in einer Tongesteinsformation ein Untertagelabor zur Erforschung der örtlichen geologischen Verhältnisse. Ein potentieller Endlagerstandort befindet sich wenige Kilometer entfernt vom Untertagelabor und wird z. Zt. exploriert.

Am 15. Mai dieses Jahres ist eine viermonatige nationale öffentliche Erörterung (Débat Publique) über die Einrichtung des Endlagers gestartet worden; der Beginn der Bauarbeiten ist für 2019 geplant. Die Beteiligung der Öffentlichkeit zum Genehmigungsantrag und zum Gesetzgebungsverfahren zur Festlegung der Bedingungen bei der Tiefenlagerung (Enquete Publique) soll in der Zeit von 2015 bis 2018 erfolgen. Im Rahmen dieser Verfahren stellt sich die Frage nach den Beteiligungsmöglichkeiten der betroffenen Bevölkerung auf deutscher Seite.

Vor diesem Hintergrund frage ich die Regierung des Saarlandes:

1. Welche Problemstellungen werden vom Öko-Institut, das vom Saarland, Rheinland-Pfalz und Luxemburg im Rahmen der Beteiligung an der Débat Publique beauftragt wurde, bearbeitet? Werden dabei die vom „Institute for Energy and Environmental Research - IEER" im März 2011 geäußerten Bedenken den Standort Bure betreffend überprüft?
2. Teilt die Landesregierung die Befürchtung vieler Organisationen, dass die Débat Publique ein ‚Pseudobeteiligungsverfahren‘ ist, das keinerlei Einfluss auf die Planungen hat?

3. Welche politischen Möglichkeiten ergreift die saarländische Landesregierung, um nicht nur am Erörterungsverfahren, sondern wegen der Betroffenheit durch die räumliche Nähe auch am Genehmigungsverfahren beteiligt zu werden? Wurden hierzu bereits Gespräche mit der Bundesregierung bzw. mit der französischen Nationalregierung geführt? Im Jahr 2011 konnte erreicht werden, dass für die Anrainer Saarland, Rheinland-Pfalz und Luxemburg ein eigener Stresstestbeauftragter für das AKW Cattenom im Kontext des EU-weiten Stresstests teilnahm. Gibt es vergleichbare Bemühungen für das Endlager Bure?
4. Plant die Landesregierung, die saarländische Öffentlichkeit darüber zu informieren, dass Fragen und Einwendungen zum Endlager in Bure im Rahmen der Débat Publique bis Oktober auf der Internetseite der CNDP direkt eingegeben werden können? Zur Teilnahme ist grundsätzlich jede(r) berechtigt, sowohl Einzelpersonen als auch Umweltverbände.
5. Hat die Landesregierung Kontakt zur Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) gesucht, die seit 2001 an den Forschungstätigkeiten im Felslabor Bure mit eigenem Know-how und Personal sowie Gerätschaften beteiligt sind und bis Ende 2016 vor Ort bleiben? Hält sie es für ratsam, den wissenschaftlichen Austausch mit der BGR zu suchen?